
Vorwort

In diesem Band wird das Spannungsfeld des Schulbuches zwischen bildungspolitischer Steuerung, pädagogischer Innovation und unterrichtspraktischer Wirkungserwartung in drei Zeiträumen anhand ausgewählter Fallbeispiele untersucht. Mit Blick auf diese Thematik wurden bereits erschienene Beiträge zusammengefasst, überarbeitet und zum großen Teil wesentlich erweitert. Die Untersuchung zur Fibel im Nationalsozialismus erscheint hier erstmalig.

Im ersten Kapitel wurde ein methodischer Zugang zur Schulbuchforschung erarbeitet, auf dessen Grundlage es möglich ist, das Schulbuch in seinen vielfältigen Kontextbezügen innerhalb der Schulgrammatik zu erfassen. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Verortung des Schulbuches in der „Grammar of Schooling“ (Tyack / Tobin; Cuban) und die Ausdifferenzierung verschiedener Kontextbereiche sowie entsprechender Funktionen des Schulbuches. Überdies wird ein Bezug zur pädagogischen Innovationsforschung im Spannungsfeld von Kontinuität und Veränderung hergestellt. Da pädagogische Konzeptionen immer aus einer Diskrepanzerfahrung heraus entwickelt werden, um die pädagogische Praxis zu verbessern, erscheinen Innovationen im historischen Prozess als wesentlicher Bedingungsfaktor des pädagogischen Handelns.

Dieser methodische Zugang soll in vier Fallstudien exemplifiziert werden. Die Beiträge werden im Folgenden kurz vorgestellt. In der ersten Studie: *Die drei Preußischen Regulative von 1854 und das Volksschullesebuch. Das Schulbuch als schulpolitisches Steuerungsinstrument am Beispiel der Einführung des Münsterberger Lesebuches im Regierungsbezirk Liegnitz* wird der Frage nachgegangen, wie versucht wurde, über die einheitliche Einführung eines Lesebuches in allen Volksschulen eines preußischen Regierungsbezirkes bildungspolitische curriculare Rahmenvorgaben in der Schulpraxis einer Region gezielt umzusetzen.

Mit den *Drei Preußischen Regulativen* von 1854 sollte das preußische evangelische Elementarschulwesen einer vereinheitlichenden Regulierung unterzogen werden. Der preußische Staat wollte ein „Bollwerk“ gegen die zunehmende Politisierung der Lehrer und deren Emanzipationsbestrebungen sowie die Relativierung der göttlichen Heilslehre errichten. Gleichzeitig verfolgten die *Regulative* das Ziel, ein Bildungsminimum für alle Schüler vorzuschreiben. In diesem Zusammenhang kam dem Lesebuch eine bedeutende Rolle zu, da es nicht nur als *Lesebuch*, sondern neben der Bibel, dem Katechismus und dem Gesangbuch als einziges *Lehrbuch* in der Volksschule verwendet werden und sowohl dem „Lese- und deutschen Sprach-Unterricht“ als auch der Behandlung der „Vaterlands- und Naturkunde“ als Grundlage dienen sollte. Außerdem war vorgesehen, dass sich die potentiellen Lehrer in der Ausbildungsphase mit dem entsprechenden Lesebuch beschäftigen.

Die Erwartungen hinsichtlich der Polyvalenz des Volksschullesebuches waren dementsprechend hoch. In der Funktion eines Lehrplanes sollte es dem Lehrer die wesentlichen Unterrichtsinhalte zur Verfügung stellen und diesen zugleich bei der didaktisch-methodischen Vermittlungsarbeit anleiten – mit dem paradoxen Ziel, die Volksschullehrer zu professionalisieren, ohne sie jedoch wissenschaftlich auszubilden. Für die Schüler galt es, die Inhalte so anschaulich aufzubereiten und zu elementarisieren, dass sie auch

angeeignet werden konnten. Eng damit verbunden war der Anspruch, gleichzeitig als „Volksbuch“ zu dienen. Über die Kinder sollten insbesondere die Eltern auf dem Land neben der Bibel ein weiteres Buch erhalten, mit dem – im Sinne der Staatsdoktrin – pädagogisch Einfluss genommen werden konnte. Nicht zuletzt diente das Lesebuch der Preußischen Regierung als Multiplikator zur Verbreitung ihrer bildungspolitischen Ziele, da nicht davon ausgegangen werden konnte, dass sich jeder Lehrer zuverlässig mit den *Regulativen* auseinandersetzt. Diese Erwartungen waren durch die Schulbuchautoren kaum zu erfüllen.

Die in den *Regulativen* angestrebte zentrale Einführung von Lesebüchern war stark von den regionalen Verhältnissen abhängig. Im Regierungsbezirk Liegnitz (Provinz Schlesien) wurde versucht, die Vorgaben der *Regulative* durch die zentrale Einführung des *Münsterberger Lesebuches* in der Schulwirklichkeit umzusetzen – dem Lesebuch kam so eine bedeutende schulpolitische Steuerungsfunktion zu.

Der Anspruch, das Schulbuch polyvalent zu verwenden, führte ferner zu didaktischen Fehlentwicklungen wie z. B. zur inhaltlich zusammenhanglosen enzyklopädischen Anhäufung von Inhalten oder zu Formen der Aneinanderreihung von auswendig zu lernenden Merksätzen in katechetisch aufgebauten Leitfäden. Mit dieser Entwicklung, die in der zweiten Studie: *Die Bedeutung des Schulbuches für den Herbartianismus* aufgegriffen wird, setzten sich Vertreter des Herbartianismus kritisch auseinander.

Im Spannungsfeld zwischen der individuellen, freien Lehrtätigkeit und der Mechanisierung von Lehrverfahren im Unterricht diskutierte TUISKON ZILLER die Frage, wie in der Lehrerbildung die Lehrerpersönlichkeit so ausgebildet werden kann, dass in der späteren Unterrichtspraxis sowohl eine zufällige Beliebigkeit des Unterrichts als auch eine uniforme, sklavische Abarbeitung einer vorgegebenen Unterrichtsmethode zu vermeiden ist. Dabei ging ZILLER von s. E. unhaltbaren Zuständen in der Unterrichtswirklichkeit aus, die unter dem Schlagwort „Überbürdung der Kinder“ damals intensiv diskutiert wurden.

Für diese Situation wurden auch die Schulbücher verantwortlich gemacht, durch die ein mechanisches Auswendiglernen und die Anhäufung enzyklopädischen Wissens gefördert würden. Vor allem der Verlust von Primärerfahrungen und die Beschränkung eines auf Selbsttätigkeit zielenden Aneignungsprozesses wurden dem buchzentrierten Unterricht angelastet. Ausgehend von den Bedürfnissen der Kinder verfolgte ZILLER das Ziel, den Prozess des Wissenserwerbs zu verbessern; dabei wurde auch das Problem der Anordnung der Bildungsinhalte in Schulbüchern thematisiert. Die Ursache der „Überbürdung“ glaubte er in der mangelhaften methodischen Ausbildung der Lehrer zu erkennen und versprach sich von einer Reform der Lehrerbildung – unter der Berücksichtigung der reflektierten Vermittlung von Theorie und Praxis – eine Verbesserung der Unterrichtswirklichkeit. Mit seiner Konzeption des „rationalen Taktes“ versuchte ZILLER, die Professionalisierung der Lehrer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts voranzutreiben. Durch die Fokussierung der Reform auf die Ausbildung der Lehrerpersönlichkeit erfuhr die zentrale Stellung des Schulbuches im Unterricht eine Relativierung.

In der dritten Studie: „*Wir wollen deutsche Kinder sein*“. *Die Fibel im Nationalsozialismus zwischen Kindorientierung, Erziehung zur Volksgemeinschaft und Lesenlernen* wird die Fragestellung untersucht, warum in den Fibeln aus der Zeit des Natio-

nalsozialismus in einem vergleichsweise geringen Umfang Inhalte der nationalsozialistischen Weltanschauung aufgenommen wurden und zwischen den Fibeln der *Weimarer Republik* und denen des *Dritten Reiches* kein grundsätzlicher Bruch festzustellen ist. Die Voraussetzung dafür bildet zunächst die kritische Auseinandersetzung mit Ansätzen der schulbuchzentrierten Fibelforschung sowie die Erschließung von Kontextbereichen, die für die Rekonstruktion der Entstehungsbedingungen der Erstlesebücher als relevant zu betrachten sind wie z. B. die zentralstaatliche Steuerung, der grundschulpädagogische Diskurs einschließlich der Auseinandersetzung um die Methode des Lesenlernens sowie die Frage nach der pädagogischen Transformation der Ideologie in Form von Kindheitsmustern oder Moratoriumskonzepten. Als paradox erweist sich der Befund, dass die geringe Ideologiesierung der Fibeln sehr wohl in das ideologische Kalkül der NS-Pädagogen passte, da sie versuchten, die nationalsozialistische Weltanschauung entwicklungsgemäß zu vermitteln. Dabei operierten sie zielsicher mit reformpädagogischen Ideen und verschmolzen diese semantisch mit Elementen der Volksgemeinschaftsideologie, wozu auch das Festhalten an einem pädagogischen Moratorium gehörte.

Vor dem Hintergrund der Veränderung von WOLFGANG HILLIGENS politikdidaktischer Konzeption wird in der letzten Studie: „*Damit Kinder und Eltern sich besser verstehen*“ dem Wandel der Familiendarstellung in dem von HILLIGEN begründeten Schulbuchbestseller: *Sehen – Beurteilen – Handeln* zwischen 1957 und 1990 nachgegangen. Im Zentrum der Untersuchung steht die Auseinandersetzung um die „sozialtherapeutische Funktion“ der unterrichtlichen Behandlung des Themas „Familie“. Dabei wurde vor allem darüber debattiert, inwieweit einerseits die Lebensverhältnisse der Schüler in der Schule berührt werden dürfen und ob andererseits mit dem Unterricht das Ziel verfolgt werden sollte, die Schüler dazu zu befähigen, dass sie die eigenen Lebensumstände besser verstehen – im Zweifelsfall auch mit der Konsequenz, dass an den Eltern Kritik geübt wird. Insofern lassen sich in dem Unterrichtswerk der Wandel gesellschaftlicher Erziehungsvorstellungen und die damit einhergehenden Konflikte von der Harmonisierung der Sozialkontakte bis hin zur Infragestellung der elterlichen Autorität nachverfolgen.

Die im Kontext des Wahlkampfes 1972 eskalierenden Auseinandersetzungen um die unterrichtliche Zulassung von *Sehen – Beurteilen – Handeln* zeigen die Wirkmechanismen des Verhältnisses von pädagogischer Innovation und gesellschaftlicher Akzeptanz. Interessant ist hierbei, wie durch pädagogische Innovationen die Aufmerksamkeit für Fehlanpassungen geweckt und damit eine gesellschaftliche Nachfrage nach Neuerungen erzeugt werden kann.